

smd/III/75

Hannover, 25. Juni 1948

Das Recht auf Arbeit

Von Robert Botzat

Vor den unseligen Kriegen bedingten sich Fleiß und Wohlstand in hohem Maße. Das deutsche Volk war einst sprichwörtlich fleißig gewesen und so emsig bedacht, zu Wohlstand und Ansehen zu gelangen, daß es damit den anderen Völkern manchmal etwas auf die Nerven ging. In Deutschland dachte man nicht daran, von Freitag abend bis Montagmittag wochenend zu machen oder sich mit fünfzig Jahren zur Ruhe zu setzen. Die Zeiten haben sich geändert. 1913 wäre es absurd gewesen, die Deutschen von antswegen aufzufordern, fleißig zu sein. 1948 war es bislang eine weit verbreitete Überzeugung, daß nur die Dummen arbeiten und Arbeit eine Strafe sei.

Zwischen beiden Jahren hatten wir den "Adel der Arbeit", den "Par'eitag der Arbeit", die Arbeit um ihrer selbst willen, und die Arbeit als Ersatz für eine nichtgedeckte Währung. Von politischen Falschmünzern wurde die Arbeit zu Papier gemacht, von dem das Volk jetzt befreit wurde, damit es nicht daran erstickte. Es ist eine der Aufgaben der Währungsreform, Deutschlands Menschen wieder fleißig zu machen. Dies gelingt jedoch nur, wenn Wohlstand eine Folge des Fleißes wird. Der deutsche Wohlstand wird zwar in den nächsten Jahrzehnten bescheidenere Formen annehmen müssen, aber es muß wieder sichtbar werden.

Die Währungsreform hat nicht nur in dem von Natur aus Fleißigen den Vorsatz gefestigt, mit Energie und Ausdauer aus dem versumpften Leben der Widersprüche und Nutzlosigkeiten herauszukommen, sie wird auch die Lässigen, die Labilen und Passiven zur Arbeit zwingen - wenn gearbeitet werden kann und wenn die Arbeit einen Fortschritt, eine Verbesserung der Lebenshaltung, einen gewissen Wohlstand verspricht.

Solange kein Friedensvertrag existiert und kein Statut die gegenseitigen Rechte genau skizziert, sind die Besatzungsmächte für das Schicksal der Deutschen auch nach der Währungsreform verantwortlich, und ihre Pflichten sind jetzt eher größer als geringer geworden. Mit der Währungsreform wurde das Erbe Hitlers liquidiert und das Volk den Tatsachen, dem Nichts gegenübergestellt. Das Volk aber hat den Willen, aus dem Nichts ein Etwas zu machen. Die Voraus-

setzungen dafür müssen die Besatzungsmächte schaffen.

Das ist kein unmaßesendes Verlangen, es ist eine Forderung der Vernunft. Die Westmächte haben diesen Zeitpunkt der Währungsreform gewählt. Sie werden sich klar darüber gewesen sein, daß der Wille des deutschen Volkes, des deutschen Arbeiters zum Fleiß nicht allein durch Versprechungen, durch Appelle an sein Gewissen, durch Vergleiche mit einem anderen, vielleicht schlechteren Lebensstandard, nicht durch Erhörungen und nicht durch Zwang wachgehalten wird, sondern nur durch den Erfolg, durch den Wohlstand und durch die Sicherheit, die der Einzelne durch die Arbeit seiner Hände erzielen kann. Weder der Wille zum Fleiß, noch das Auftauchen gehorteter Waren oder der Mangel an Geld werden genügen - die Arbeitsmöglichkeit selbst muß vorhanden sein. Die Produktion muß den Anschluß an die freiverwendenden Güter finden. Und dazu bedarf es genügender Rohstoffe.

Die Arbeitslust des Deutschen darf nicht auf die Förderung von Kohle, auf das Fällen von Bäumen und auf deren Export beschränkt bleiben. Vielmehr müssen Rohstoffe zu Preisen importiert werden können, die das Deutsche Fertigfabrikat auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig machen. Nicht Rohstoffe, sondern arbeitsintensive Waren muß Deutschland in die Welt schicken können. Die Welt bedarf der Waren noch lange Zeit, so daß dem Fleiß des deutschen Arbeiters keine künstlichen Grenzen gesetzt zu werden brauchen.

Wenn es den Westmächten mit der Eingliederung Deutschlands in eine zukünftige europäische Gemeinschaft ernst ist, dann müssen sie sich dazu entschließen, den Deutschen jene Rohstoffe zu lassen und zu geben, die Arbeit ermöglichen. Konkurrenzerwägungen sollten hinter der gemeinsamen Aufgabe zurückstehen. Gemessen an den Ansprüchen anderer Völker sind Deutschlands Vorstellungen vom Wohlstand bescheiden, und wenn dem Deutschen die Arbeit wieder zum Lebensinhalt geworden ist, wird er einen wesentlichen Teil zur Gesundung Europas beitragen können. Das Recht auf Arbeit muß man ihm aber erst zugestehen.

Wenden die Sowjets sich Asien zu?

sp. In den Beschlüssen der Warschauer Konferenz, denen man in Moskau einen sensationellen Anstrich zu geben bemüht ist, ist ganz offenbar der Versuch zu sehen, die neue Linie der russischen Europa-politik fortzusetzen. Sie will den Eindruck erwecken, als arbeite man in Moskau besonders nachdrücklich auf einen wirklichen Frieden hin und als seien die deutschen Interessen nirgends besser als bei der russischen Besatzungsmacht aufgehoben. Deshalb die Ausgabe von Parolen wie baldiger Friedensvertrag und baldiger Abzug der Besatzungstruppen, die gewiß nicht ohne Anziehungskraft sind. Auf dem Hintergrund dieser Tatsachen gewinnt ein Artikel von Walter Lippmann erhöhtes Interesse, der am 23. Juni in der "New York Herald Tribune" erschien. In ihm heißt es unter anderem in einer sehr beachtenswerten Untersuchung über die künftige russische Außenpolitik:

"Die Sowjetregierung pflegt gewöhnlich ihre Diplomaten zu wechseln, wenn sie eine Änderung ihrer Politik vorbereitet. Es ist deshalb interessant, zu wissen, daß der neue sowjetische Botschafter in den USA und der neue russische Delegierte bei der UNOSpezialisten für asiatische Verhältnisse sind." Nach Lippmanns Ansicht drängen sich eine Reihe von Momenten auf, die diese Vermutung untermauern. Einmal sei unbestreitbar, daß sich die großen europäischen Herrschaftsgebilde in Asien im Zustand der Auflösung befinden. Tschiangkaischeks Chance, China zu vereinigen, werde immer kleiner, der Nationalismus in Indonesien, Indochina, Burma und vielleicht auch in Indien und Pakistan wende sich immer offensichtlicher von London und New York ab und Moskau zu und auch im Nahen Osten, in Ägypten, im Irak und in Syrien wachse die Unzufriedenheit mit den mit den Engländern liierten herrschenden Schichten ständig. Auf der anderen Seite scheine sich in der Sowjetunion mehr und mehr die Erkenntnis durchzusetzen, daß, wenigstens im Augenblick, Europa nicht erobert und absorbiert werden könne und man sich zu Zugeständnissen bequemen müsse, wenn man sich weiterhin eine einflußreiche Rolle in Europa spielen wolle.

Wenn Stalin es mit seiner "Friedensoffensive" in Europa ernst sei, dann müsse, so meint Lippmann, die westliche Diplomatie die Gelegenheit beim Schopf fassen und von Stalin eine genaue Bekanntgabe der Bedingungen verlangen, unter denen er zu einer Räumung Europas und der Zusicherung an den ganzen Kontinent, einschließlich der deutschen Länder, bereit sei, ihre Wirtschaft und ihr politisches Schicksal selbst zu bestimmen. Nur eine rückhaltlose Enthüllung seiner Absichten gegenüber Europa als Ganzes könne die Ehrlichkeit seines Willens beweisen. "Diese Enthüllung aber", so schreibt Lippmann, "kann nicht durch Worte, sondern nur durch Taten geschehen, deren letzter und entscheidender Akt nur die Zurückziehung der russischen Truppen von der Elbe um 800 km bis zur russischen Grenze sein könnte."

Die einzige Möglichkeit zur Aufrechterhaltung des europäischen Einflusses in Asien aber liegt nach Lippmanns Ansicht in der Schaffung von bestimmten Schlüsselgebieten, deren Sicherung und ihren

ständigen und fortschrittlichen Ausbau. Zu diesen Gebieten seien Japan, die Philippinen, Indonesien, Saudi-Arabien, der Irak und Palästina zu rechnen. Auf sie müßte sich die Energie des Westens konzentrieren, weil von ihnen aus der Einfluß des Westens weiter ausgetrahlt werden könnte.

Die politischen Ereignisse und Entwicklungen im Fernen Osten der jüngsten Zeit scheinen Lippmanns Auffassungen weitgehend zu bestätigen und lassen erkennen, daß die Sowjetunion vor der Verwirklichung des jahrhundertalten russischen Traumes von einem Zugang zum Indischen Ozean steht. Durch den Beschluß des Expremierers von Burma, sein Land eng an Moskau anzuschließen, ist praktisch der Indische Ozean durch die Russen bereits erreicht worden. Die lückenlose Verbindung wird allerdings erst dann hergestellt sein, wenn es den Kommunisten in China gelingt, ihre Pläne zu realisieren. Nachdem in der Provinz Sinkiang bereits durch unzufriedene pro-sowjetische Moslems eine "Ostturkestani-sche Republik" ausgerufen worden ist, die sich an die Äußere Mongolei angeschlossen, versuchen die chinesischen Kommunisten nunmehr mit aller Macht, sich einen Weg durch die Provinzen Huran und Kwantung zu bahnen, um die Grenze zwischen Indien und China zu erreichen. Damit wäre dann die Verbindung zwischen der Sowjetunion und dem Indischen Ozean auch geographisch hergestellt.

Inzwischen schüren kommunistische Elemente Unruhen in den malai-schen Staaten und der Kreml ist bestrebt, auf legalen Wege Indien in sein Einflußgebiet einzubeziehen, auch für Afghanistan wurde soeben ein neuer russischer Botschafter ernannt. In Karachi, der Hauptstadt Pakistans, ist man dabei, eine russische diplomatische Vertretung einzurichten und zugleich hat die kommunistische Volkspartei von Pakistan die Verbindung mit der Moslem-Liga von Baluchistan aufgenommen, zu dem Zweck, eine "Union sozialistischer (lies kommunistischer) Republiken zu bilden, die Baluchistan und Pakistan umfassen soll. Auch in Neu Delhi ist die Eröffnung einer sowjetischen Botschaft schon für die nächste Zukunft vorgesehen, der sich in Bälde dann tschechische und jugoslawische anschließen sollen. Besonders bemerkenswert ist schließlich der sowjetische Beschluß, die diplomatischen Beziehungen mit der siamesischen Regierung in Bangkok aufzunehmen und der Abschluß eines Übereinkommens mit einem indonesischen Delegierten beim Weltjudenkongreß in Prag zur Errichtung von russischen Konsulaten in der indonesischen Republik.

(m/B65/256/hs)

Textilpunkte und Flüchtlinge

sp. Ab 1. Juli sollen für jeden Einwohner der Bizone 20 Textilpunkte zur Verteilung gelangen. Damit ist, um ein vielzitiertes Wort der letzten Lage zu wiederholen, die Abkehr vom entwürdigenden individuellen System des Bezugscheins erfolgt. Wer monatelang Stunde um Stunde vergeblich vor den Schaltern der Wirtschaftsämter gestanden hat und das oft demütigende Gebaren des Schalterbeamten in Kauf nehmen mußte (es gibt auch anständige), wird diese Erkenntnis zu würdigen wissen.

Trotzdem muß es befremden, daß bei dieser Regelung die Bedürftigsten, das sind die Flüchtlinge und die Ausgebombten, im Hintertraffen geraten. Denn gleiches Maß bedeutet in diesem Falle eine krasse Ungerechtigkeit. Man wird uns entgegengehalten, daß bei dem bisherigen Bezugscheinssystem grundsätzlich eine Bevorzugung der Flüchtlinge Richtschnur gewesen sei. Das mag auf dem Papier so gewesen, in vielen Fällen vielleicht auch in der Praxis gehandhabt worden sein, im gesamten-gesehen aber hat das bisherige Verteilungssystem schon mangels Masse nicht im geringsten einen Ausgleich zwischen den leeren Wäsche-trahlen der Flüchtlinge und Ausgebombten und den Beständen jener her-beiführen könne, deren Schränke unangetastet geblieben sind. Die letzteren sind aber bestimmt in der Mehrheit, ganz abgesehen davon, daß die an die einheimische Bevölkerung zur Verteilung gelangten Textilmengen aus "lokalpatriotischen" Gründen bestimmt nicht viel kleiner waren als die Zuteilungen an die Flüchtlinge. Man mache eine Stichprobe bei je 10 Vertretern der beiden Kategorien und man wird erstaunen, welcher ein Unterschied nicht nur in der Menge, sondern vor allem auch in der Qualität besteht. Denn ein Flüchtling, der nur zwei oder drei Hemden hat, ist zu einem größeren und rascheren Verschleiß der schlechten Nachkriegsqualität gezwungen, als ein Nichtflüchtling mit sieben oder acht Hemden zwar älteren Datums, aber weitens besserer Qualität. Wer sich ferner einmal die Mühe nimmt und die Träger der unser Straßenbild so unschön belebenden entmilitarisierten Wehraacht-uniformen näher betrachtet, wird finden, daß es in 90 v.H. Fällen Flüchtlinge sind, denen diese Improvisation der deutschen Textilnot zum System geworden ist.

Bei Verkündung der Neuregelung, ist nun gesagt worden, daß die Ausgabe von zusätzlichen 10 Textilpunkten erwogen wird. Gemessen an den oben geschilderten Verhältnissen muß eine solche Lösung als unzulänglich und als ein schwacher Versuch betrachtet werden, den Flüchtlingen einen berechtigten Anspruch billig abzukaufen. Wir können nicht die Größe der Decke, die nun, auf je 20 Textilpunkte zerschneiden, an 45 Mill. Menschen zur Verteilung gelangen soll, wir können daher auch nicht mit einem praktischen Vorschlag aufwarten. Dies muß den Stellen überlassen bleiben, die das System von 20 plus vielleicht 10 Punkten ausgearbeitet haben. Wir können aber diesen Stellen versichern, daß bei der Neuregelung der unter den Flüchtlingen herrschenden Not weder relativ noch absolut Rechnung getragen worden ist. -dt.

Ausbeutung als oberstes Prinzip

Zum Kapitel Zwangsarbeit in der Sowjet-Union

sp. Als Übersetzer Auszug aus dem 1947 im Verlag "Yale University Press" erschienenen Buch "Forced labor in Soviet Russia" hat der Verlag der "Neuen Zeitung" in München eine Broschüre von David J. Ballin und Boris Nicolaevsky "Arbeiter oder Ausgebeutete? - Das System der Arbeitslager in Sowjet-Rußland" herausgebracht. Auf rund 150 Seiten wird ein mit erstaunlicher Gründlichkeit und Sachkenntnis

mit einer Fülle von Beweismaterial, Kartenskizzen, faksimilierten Dokumenten und statistischen Aufstellungen ausgestattet Bericht über Art und Umfang der Zwangsarbeit in der Sowjet-Union gegeben. Die Tatsache dieser Zwangsarbeit ist, was immer wieder vergessen wird, die vielleicht entscheidendste Grundlage des sowjetischen Wirtschaftssystems.

Die Sklaverei ist in Stalins Rußland wieder auferstanden, aber die Welt weiß nichts davon oder glaubt nicht daran und schweigt. Von Säuberungsaktionen weiß sie, von Schauprozessen, von Massenverfolgungen und Massenhinrichtungen, aber bei alledem ist sie sich über Ausmaß und Bedeutung der Zwangsarbeit in der Sowjetunion noch nicht klargeworden. Es wäre jedoch die höchste Zeit, daß man sich auf das Dasein dieses neuen Systems besinnen würde, das sich während der letzten siebenzehn Jahre im Osten herausgebildet hat - dieses System, das so neue und überraschende Züge trägt und das von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung so weit entfernt ist wie von der sozialistischen Ideologie, zu der sich die Gründer Sowjetrußlands bekannt haben. Was sich da herausgebildet hat, ist eine hierarchisch gegliederte Gesellschaft, die aus mehreren Kasten besteht. Der ganze Bau aber ruht auf einem neuen Fundament: auf der unendlich großen Masse der Zwangsarbeiter, auf einem Teil der Menschheit, der zum Lasttier herabgewürdigt ist. Diese Klasse ist es, die den Unterbau dieser Gesellschaftsstruktur bildet. Sie ist das Wurzelwerk, das den Saft in die höheren Schichten des Ganzen schiebt. Die Menschenwesen, die ihre Zellen ausmachen, gehen mit erschreckender Schnelligkeit zugrunde, und ein großer Teil der Energie der Regierung, die über alledem steht, muß dafür ausgegeben werden, um die entstandenen Lücken mit neuem Menschennaterial zu füllen. Einer der wesentlichsten Hintergründe des "Eisernen Vorhangs", hinter dem sich die Sowjetstaaten verbergen, ist das Vorhandensein dieses Zwangsarbeitersystems.

Das NKWD ist heute der größte Arbeitgeber der Welt. Über die genaue Zahl der Zwangsarbeiter sind zuverlässige Angaben nicht erhältlich. Die Sowjetunion ist der einzige Großstaat in der Welt, der keine Strafstatistik veröffentlicht. Sie wurde 1931 eingestellt. Nach den vorsichtigen Schätzungen der Autoren dieser Schrift schwankt die Zahl der Sträflingsarbeiter zwischen 7 und 15 Millionen. Eine erschütternde Ziffer. Ist sie doch höher als die gesamte Zahl der Industriearbeiter unter dem Zarismus und höher als die Hälfte der sogenannten freien männlichen Arbeiter in der Sowjetindustrie.

(m/1/256/hs)

"Falken" fordern Fahrpreisermäßigung

Die "Falken", sozialistische Jugendbewegung Deutschlands, haben einen Antrag auf 75%ige Fahrpreisermäßigung an die Hauptverwaltung der Eisenbahnen gestellt. In dem Antrag wird darauf hingewiesen, daß es unter den heutigen Bedingungen allen Jugendverbänden praktisch unmöglich geworden ist, die geplanten Zeltlageraktionen zur Erholung für Großstadtkinder durchzuführen.

(m/B1/256/hs)

Verantwortlich: Peter Raunau